

Rede von

**Staatsminister
Dr. Werner Hoyer MdB**

zur Feier

**„50 Jahre Griechen in Deutschland –
eine Erfolgsgeschichte
für zwei Nationen“**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Bonn, 02.05.2010

I.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihnen allen gelten sehr herzliche Grüße auch von Guido Westerwelle, der es als Bonner ganz besonders bedauert, heute nicht hier sein zu können.

An Ihre Adresse, Herr Präsident des Hellenischen Parlaments, ist es ein ganz besonderer Willkommensgruß: Willkommen nämlich in Ihrer Heimat! Hier am Rhein haben Sie mehr als nur eine akademische Heimat gefunden, sondern bis ins ganz Persönliche, in die Familie hinein, eine zweite Heimat. Es war der Startort eines griechisch-deutschen Lebensweges.

Diese griechisch-deutsche Identität teilen mit Ihnen, in unterschiedlichem Grad und mit unterschiedlichen Gründen, ganz viele hier im Saal. Es sind Menschen, die sich beiden Völkern verbunden oder sogar zugehörig fühlen.

Es sind Menschen, die beide Nationen kennen und verstehen, die sich das Wohlergehen beider wünschen wie auch eine enge, vertrauensvolle Freundschaft zwischen beiden Völkern.

Als einen nicht unwichtigen Integrationsfaktor hob die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7. August 2000, zum 40-jährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens hervor:

"Als Südländer hatte der Grieche durchaus Chancen bei der weiblichen deutschen Bevölkerung." Dem ist schnell hinzuzufügen: Sicherlich auch bei der männlichen deutschen Bevölkerung die vielen Griechinnen, die einen bemerkenswert großen Anteil des Migrantengstromes ausmachten.

"L'Europe se fait par l'amour", würde Frau Skarpelis dazu sagen, wie so viele Mütter und Väter deutsch-griechischer Familien unter uns, wissend, wovon sie redet.

Nach Bonn zu kommen, verehrter Herr Präsident, lieber Herr Petsalnikos, mag ein besonders starkes Reisemotiv gewesen sein. Aber es macht auch in vielerlei anderer Hinsicht seinen Sinn.

Die Jahre, auf die wir hier zurückblicken, waren „Sternjahre“ der Bonner Republik, in denen beide Völker in ihrem Verhältnis zueinander "Europa"

erfahren. Erfahren, was wirtschaftliche Interessengemeinschaft bedeutet, Reisefreiheit der Bürger, Arbeitsfreiheit in Europa, neue Freiheitschancen für die Völker wie für den einzelnen Bürger.

Es macht also Sinn, heute hier im Alten Plenarsaal der Bundesrepublik Deutschland zu tagen, vor der Kulisse jenes deutschen Adlers an der präsidentalen Stirnwand, der Aufstieg aus den Ruinen symbolisieren sollte. Die Bonner Republik wollte vor allem einen Wiederaufstieg in den Kreis der europäischen Völkerfamilie: Zu diesem Wiederaufstieg haben die Griechen den Deutschen als Erste die Hand gereicht. Trotz schlimmster Erfahrungen mit der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg haben sie uns sehr früh angeboten, diplomatische Beziehungen wieder aufzunehmen. Das erste Auslands-Goethe-Institut nach der deutschen Katastrophe wurde auf Einladung Griechenlands in Athen eingerichtet.

Und noch einmal Bonn am Rhein: Vor 50 Jahren saßen dort Konrad Adenauer als Bundeskanzler und Heinrich von Brentano als Außenminister auf der Regierungsbank. Aber jenseits des Regierungsviertels gab es noch ein anderes Bonn, das Bonn der Universität.

Sie, lieber Herr Petsalnikos, sind nach Frau Professor Anna Benaki-Psarouda, der zweite griechische Parlamentspräsident in Reihe, der aus dieser Alma Mater hervorgegangen ist.

Als bekennender Kölner kann ich dies deutsch-griechisch nur übertrumpfen, indem ich auf den Staatspräsidenten Griechenlands hinweise, Herrn Karolos Papoulias, der an der Universität zu Köln, meiner eigenen Alma Mater, promoviert wurde und heute noch in Köln zu Hause ist.

Ich kann auf die rheinische akademische Heimat so vieler herausragender griechischer Staatsmänner und Wissenschaftler nicht hinweisen, ohne an Dimitris Tsatsos zu erinnern, dessen Tod wir in diesen Tagen zu betrauern.

Aus seiner Schule im Bonner Juridicum ist wiederum unser eigener, deutscher liberaler Außenminister als Doktor der Rechte hervorgegangen. Mit Dimitris Tsatsos haben beide Länder einen großen Mann des Rechts und der Demokratie verloren, einen herausragenden Mittler der deutsch-griechischen Freundschaft, dem wir uns verpflichtet fühlen.

II.

Eine Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 12. Januar 1960 schuf zusammen mit der Antwort der Königlich-Griechischen Botschaft vom 18. Februar 1960 das heute zu feiernde "Anwerbeabkommen". Dort heißt es – ich zitiere – "Die Gesamtzahl der Zulassungen soll beiderseits jährlich zweihundert nicht übersteigen".

Tatsächlich wurden es noch im Startjahr über 8.000 Angeworbene, 1961 schon 21.000, 1962 dann schon 32.000.

In ganz erheblichem Umfang wurden Griechen und Griechinnen auch außerhalb des vertraglich vereinbarten Anwerbeverfahrens "namentlich angefordert", also von deutschen Arbeitgebern über private Vermittler unter Vertrag genommen und für ihre Deutschland-Reise von der deutschen Botschaft und den deutschen Konsulaten mit Arbeits- und Aufenthaltserlaubnissen ausgestattet.

Mit einem Höchststand von fast 270.000 Arbeitnehmern im Juni 1972 wird die Gesamtzahl der Griechen und Griechinnen, die zur Arbeit in Deutschland waren, auf eine Million Menschen geschätzt, also knapp ein Zehntel der griechischen Bevölkerung.

Als Grund der Arbeitsmigration galt seit langem ein eklatanter Arbeitskräftemangel der deutschen Industrie.

In einer Begriffsverlegenheit, die aus den schlimmen Zeiten von Fremdarbeitern und Zwangsarbeitern herrührte, wurde das Wort "Gastarbeiter" geboren. Das geschah auch in der Erwartung, diese Migranten würden – nach einigen für beide Seiten nützlichen Jahren – wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. In hunderttausenden Fällen hat sich dies als beidseitige Illusion erwiesen.

316.000 Griechen leben heute in Deutschland.

Wenn wir die längst Eingebürgerten hinzunehmen, unsere deutschen Mitbürger griechischer Herkunft und die vielen deutschen Kinder aus deutsch-griechischen Ehen sind es natürlich noch viel mehr Menschen in Deutschland, die auf eine griechische Herkunft zurückblicken können. Überschlägig ein Drittel der griechischen Migranten ist demnach in Deutschland geblieben.

Diese starke Integrationsneigung kommt in zahlreichen Statistiken zum Ausdruck.

Interessanterweise sind einige wissenschaftliche Studien zu dem Ergebnis gelangt, dass nicht nur der deutsche Arbeitskräftemangel, sondern auch die Interessen der Herkunftsländer die Gastarbeitermigration in Gang gesetzt hätten.

Danach sei es für die Entsendestaaten darum gegangen, ihre aus der westdeutschen Exportstärke erwachsenen Devisenschwierigkeiten zu lösen und die heimische Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Die deutsche Regierung wiederum sei schließlich auf beharrliches griechisches Drängen auf die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Griechen eingegangen, damit der deutsche Handel nicht durch ein griechisches Bilanzdefizit behindert werde.

Hinzu sei das Interesse gekommen, Griechenland in den Zeiten immer schärferer Ost-West-Spannungen zu stabilisieren. Ein weiteres Hinhalten Griechenlands, das seit 1955 kontinuierlich den Wunsch nach einer Wanderungsvereinbarung vorgetragen hatte, so wird gemutmaßt, hätte eine Brückierung des von osteuropäischen Staaten umworbenen NATO-Landes bedeutet.

Eine weitere dezidiert außenpolitische Dimension gewann die griechische Arbeitermigration nach Deutschland dann in den Zeiten der Athener Obristenjunta.

An diese Zeit kann auch ich mich gut erinnern, war ich doch damals Schüler der deutschen Schule in Athen. Ich bin sehr froh, dass ich damals Freundschaften knüpfen konnte, die so eng geworden sind, dass sie gar nicht mehr wegzudenken sind.

Nicht wenige der griechischen Gastarbeiter waren auch wegen politischer und politisch bedingter Schwierigkeiten in der Heimat nach Deutschland gekommen. Wohl auch deswegen haben sie sich alsbald in deutschen Betrieben organisiert und Anschluss an die deutschen Gewerkschaften gefunden.

Im Moment des Putsches vom April 1967 erwies sich dies als ein starkes Fundament, auf dem sofort eine Exilwiderstandsbewegung gegen die Junta aufgebaut werden konnte.

Es wurde die Zeit eines großen Schulterschlusses zwischen einer Arbeiterbewegung im deutschen Exil mit Intellektuellen, für die Namen wie Pavlos Bakoyannis mit der Gastarbeiter-Sendung des Bayerischen

Rundfunks stehen, die griechische Redaktion der Deutschen Welle und, wiederum in Köln, der junge griechische Rechtsanwalt Karolos Papoulias, der von dort aus eine neue Arbeiterpartei, die PASOK, für den Tag der Befreiung aufbaute.

Bis hin zur Befreiung von Professor Mangakis war dies eine große Zeit der deutschen Außenpolitik unter Willy Brandt und Walter Scheel. Die bundesdeutsche Außenpolitik entwickelte erstmals eine über unmittelbare Interessen hinausgehende demokratiepolitische, ethische Dimension. Sie ist bis heute Vorbild und Maßstab geblieben.

Diese deutsche Griechenlandpolitik fand nach der Befreiung Griechenlands von den Obristen ihre konsequente Fortsetzung, als Deutschland zur Stabilisierung der griechischen Demokratie mit Entschiedenheit für eine griechische Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft eintrat.

Die Bundesregierung setzte diese Mitgliedschaft mit erheblichem Einsatz – und auch mit der Übernahme eines großen Teils der finanziellen Erweiterungslasten – gegen starke Widerstände anderer EG-Staaten durch.

Mit der von der Regierung Schmidt-Genscher klar verfolgten EG-Integration Griechenlands und im Übrigen unter den arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen der Ölkrise setzte dann eine Wende in der Migrationsbewegung ein, zu in etwa gleichen Teilen eine Rückwanderung und eine dauerhafte Ansiedlung in Deutschland. Was bis dahin ganz überwiegend ein Wanderarbeitertum war, entwickelte nun in vielen Fällen eine ausgesprochen unternehmerische Dimension:

Menschen, die oft aus einfachen, dörflichen Verhältnissen zu Industriearbeitern in deutschen Unternehmen geworden waren, nutzten erspartes Startkapital, um in der Heimat selbständige gewerbliche Existenzen aufzubauen oder in Deutschland als Kleinunternehmer, Händler, Handwerker, Gastwirte in den deutschen Mittelstand aufzusteigen.

Die europäischen Niederlassungsfreiheit trug dazu bei, dass die Migration der 70-er und 80-er Jahre, wenn auch im Vergleich zu den Anwerbeverfahren mit deutlich geringeren Zahlen, immer stärker von selbständig Gewerbetreibenden und Freiberuflern geprägt wurde. Die deutsche Gesellschaft erwies sich als eine sozial bemerkenswert durchlässige Gesellschaft.

Es scheint bis heute, dass die Griechen den Schlüssel mitgebracht oder gefunden hatten, in Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich zu reüssieren, mit Tüchtigkeit, Genügsamkeit, Opferbereitschaft und einem eisernen Willen, den Kindern einen Aufstieg über das selbst im Leben Erreichte hinaus zu ermöglichen.

Sie haben völlig Recht, meine Damen und Herren Veranstalter: Es war und ist eine Erfolgsgeschichte, ein Kompliment für beide Nationen.

III.

Soziologen und Kulturwissenschaftler würden womöglich vom "Potential interkultureller Synergien" sprechen.

Wir hier würden die Gunst der heutigen Stunde nicht gut nutzen, ließen wir es bei einem Rückblick auf das Jahr 1960 und folgende bewenden. Heute muss es nicht zuletzt darum gehen, wie wir die den menschlichen, zivilgesellschaftlichen und kulturellen Verbindungen innewohnende Kraft für einen neuen deutsch-griechischen Aufschwung nutzen können.

Zum Management der aktuellen Finanzkrise werden wir von hier aus nicht unmittelbar beisteuern können. Für meinen Teil will ich dazu nur soviel sagen, dass ich eine Interpretation des in den letzten Wochen Erfahrenen als "deutsch-griechischer Interessengegensatz" für völlig verfehlt hielte.

Von der ersten Stunde der griechischen Schuldenkrise an war griechisches und deutsches Interesse ganz gleichermaßen auf eine möglichst marktwirtschaftliche Lösung gerichtet, auf eine weiterhin gesicherte Refinanzierung des griechischen Staatshaushaltes auf den internationalen Finanzmärkten. So kann ich auch jetzt keinen Interessenunterschied hinsichtlich einer nachhaltigen, wirtschafts- und sozialverträglichen Stabilisierung in einem internationalen Beistandsrahmen erkennen.

Natürlich ist mir bewusst, dass Deutschland für eine vermeintlich zögernde Haltung von vielen kritisiert wurde.

Die Bundeskanzlerin, Außenminister Guido Westerwelle und ich selbst haben aber keinen Zweifel daran gelassen, dass wir unseren griechischen Freunden in dieser Krise zur Seite stehen.

Einen deutschen Nachholbedarf in Fragen Solidarität kann ich daher auch nicht erkennen.

Solidarität bedeutet auch, die Gesamtverantwortung zu erkennen.

Die Gesamtverantwortung so zu handeln, dass wir unsere gemeinsame Währung – und damit eine der Grundfesten der EU – nicht an die Wand fahren.

Hierzu gehört, dass man nicht den Weg des kurzfristig geringsten Widerstandes geht und mit schnellen Hilfen und ohne entsprechende Sparmaßnahmen unserem Wirtschaftsraum und unserer Währung einen Bärendienst erweist.

Hierzu gehört auch, dass man sich nicht von der Panik an den Märkten anstecken, sondern Besonnenheit und Sorgfalt walten lässt, um einen Weg aus dieser Krise zu beschreiten. Sorgfältig müssen wir nicht zuletzt auch deshalb handeln, weil wir wollen, dass unser Lösungsweg nicht von anderen, die von Anfang an diese gemeinsame Währung nicht wollten, vor Gericht zu Fall gebracht wird.

Eine solche Lösung wurde dieses Wochenende gefunden. Wir werden sie nun rasch umsetzen. Eine Lösung, die deutlich macht, dass weder Griechenland noch Deutschland sich einen schlanken Fuß machen wollen.

Der großen Entschlossenheit der griechischen Regierung zollen wir hohe Anerkennung. Die mutigen Sparmaßnahmen der Regierung von Georgios Papandreou haben bemerkenswerte Anfangserfolge erzielt. Unsere griechischen Freunde bitte ich darum, sich ihrerseits die Größenordnungen der Risikoübernahme durch die Stützungsmaßnahmen Deutschlands vor Augen zu halten.

IV.

Der Ausblick in dieser Feierstunde muss freilich über den währungspolitischen Aspekt hinausreichen.

In den deutsch-griechischen Beziehungen ist es zu Verletzungen gekommen, beiderseits, die über die währungspolitischen Strategiedebatten weit hinausgegangen sind. Unter Freunden sollten wir nicht lange darum herumreden.

Wenn deutsche Äußerungen, deutsche Medienkommentare unsere griechischen Freunde verletzt haben, so bedauere ich das zutiefst. Und manches war beschämend, was in Deutschland zu lesen war.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gekommen, die deutsch-griechische Freundschaft mit neuem Elan anzugehen.

50 Jahre Gastarbeiterbewegung, auf die wir heute zurückblicken, sind über weite Strecken von einem außergewöhnlichen politischen Dialog geprägt.

Griechische Arbeiter, Studenten und Akademiker waren in erheblichem Maße Teil der kulturellen und politischen Veränderungen hier in Deutschland, die zeitgeschichtlich im Begriff der "68-er Jahre" zusammengefasst sind. Nach der Befreiung von den Obristen war die Aufbauhilfe deutscher Parteien und politischer Stiftungen ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der wiedererlangten griechischen Demokratie. Wir haben in jenen Zeiten erfahren, was politische Gemeinsamkeit und europäische Öffentlichkeit bedeuten.

Sie ist oft als eine politische Voraussetzung der europäischen Demokratie beschworen worden, die europäische politische Öffentlichkeit.

Was eine solche Öffentlichkeit nicht bedeuten sollte, haben wir soeben in der deutsch-griechischen Stimmungskrise erlebt.

Was sie bedeuten muss, ist, auch die Öffentlichkeit in den europäischen Partnerländern als eigene politische Öffentlichkeit anzunehmen und danach zu handeln.

Dieser Dialog kann nicht nur auf abstrakter europapolitischer Ebene geführt werden. Er muss zwischen den Menschen beginnen und dort verankert werden. Dies gilt auch für uns, Deutsche und Griechen.

Hier sind wir schon weit gekommen. Ein bemerkenswertes deutsch-griechisches Netzwerk ist bereits entstanden:

Allein in Deutschland im Verband von 140 griechischen Kulturgemeinden, in 46 deutsch-griechischen Gesellschaften, Ihrem Dachverband und in der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung.

Ihren Initiatoren und den vielen ehrenamtlich in diesen Verbänden Engagierten gebührt ein großer, herzlicher Dank.

Wie können wir dieses zivilgesellschaftliche Potenzial noch stärker für den politischen Dialog zwischen beiden Völkern nutzen und zur Unterstützung der tiefgreifenden griechischen Strukturreformen, die nun auf Jahre hinaus das Land prägen und verändern werden?

Wir dürfen nicht vergessen, was wir, Griechen und Deutsche, in den letzten Jahrzehnten erreicht haben. Das heißt nicht, dass wir uns darauf ausruhen können. Aber wir dürfen unsere über lange Zeit gewachsenen und tief verwurzelten Beziehungen auch nicht durch Vorurteile zerschlagen lassen.

Wir müssen den Ursachen der „Stimmungskrise“ ins Auge schauen. Hierzu gehört sehr viel Ehrlichkeit verbunden mit Empathie. Wir müssen uns noch stärker zu einer Verantwortungsgemeinschaft entwickeln.

Ich bin zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird. Griechen und Deutsche werden auch in Zukunft den Austausch zwischen unseren Ländern suchen und mit offenen Armen empfangen werden.

"Arbeiter wurden gebraucht, Menschen sind gekommen" hat man mit Recht bei den griechischen Gastarbeitern festgestellt. Diese menschliche Dimension ist es, die wir nicht aus den Augen verlieren werden. Europa ist ein menschliches Europa. Dafür wollen wir uns mit aller Kraft einsetzen – für die deutsch-griechische Freundschaft und für Europa.